

Oderberger Zeitung

und Wochenblatt



Insertionspreis

Grundzahl für die einfache Zeile oder deren Raum 20 Rpf., für die Kellame 60 Rpf., Inserate werden bis 11 Uhr vormittags vor dem Erscheinungstage erbeten, größere Inserate entsprechend früher.
Druck u. Verlag von B. Feistel Oberberg (Marl)

Ersteinst

Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag resp. am Abend vorher. Bezugspreis durch die Geschäftsstelle mit „Illustriertem Unterhaltungsblatt“ für den Monat 1,10 Reichsmark. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen.
Verantwortlicher Redakteur Ernst Feistel.

Verlagsnummer Nr. 57.

Postcheckkonto: Berlin 31 711

Öffentlicher Anzeiger für den Amtsgerichtsbezirk Oberberg und Umgegend.
Mit verbindlicher Publikationskraft für amtliche Bekanntmachungen

Nr. 184.

Sonnabend, den 18. November 1933.

Jahrg. 60

Wandel im Handel.

Zum Tag des deutschen Handels.

Man hat früher mit ein bißchen Spott und noch mehr Hochachtung von „S. M., dem Verbraucher“ gesprochen und geschrien, dessen Kaufkraft entscheidend sei für die Preisgestaltung. Aber der Spott war falsch und überflüssig, denn nach Ausbruch der großen Wirtschaftskrise merkte es sehr bald der konsumnahe Einzelhandel und von dort her aufsteigend der Großhandel, bis schließlich zum Erzeuger selbst hinauf jeder dieser Wirtschaftsteile erst empfindlich, dann mörderisch genau, wie der Absatz einschrumpfte und die Geschäfte zurückgingen, dann zu Tausenden und aber Tausenden auch die Zahl der Geschäftsläden. Ein großes Sterben ging durch den Handel und die noch erhalten blieben, haben auf Tod und Leben einen Kampf ums Dasein miteinander geführt, der in seinen wirtschaftserschütternden Wirkungen selbst über die liberalistische Maxime des freien Wettbewerbs weit hinausging. Denn der Verbraucher, der mit dem Pfennig rechnen mußte, und einfach den nächsten Laden aufsuchte, wenn ihm nicht die niedrigsten Preise bewilligt wurden, zwang auch den Handel zu einer Pfennigkalkulation, der schließlich ein jeder unter ungünstigeren Umständen arbeitende oder nicht äußerlich leistungsfähige Einzelhändler erliegen mußte. Dazu kam die sich mit dem Absatzrückgang rasch steigende Überfüllung, die „Überflutung“ im Einzelhandel selbst, kam der Druck von den billiger und unter besseren Bedingungen arbeitenden Großbetrieben aller Art her, kurz, — als die große Wende in Deutschland erfolgte, die den Begriff der Volksgemeinschaft nicht bloß im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Leben durchzuführen will, war aus dem Handel schon zum großen Teil ein Trümmerhaufen geworden.

Und das ist es an ein großes, schweres Aufträumen gegangen. Es war klar, daß der Nationalsozialismus nicht von heute auf morgen die deutsche Wirtschaft zu vollem Betriebe erweitern, also auch nicht den Warenabatz sofort auf die frühere Höhe steigern konnte. Vorerst wurde durch die Belebung der Wirtschaft und nicht zuletzt durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm erreicht, daß der Absatzrückgang aufhörte und allmählich in eine Absatzsteigerung überging, die jetzt etwa dem Gesamtabatz der Vorjahre gleichkommt: durch andere Maßnahmen wurde eine sehr spürbare Umichtung in der Absatzverteilung zugunsten des kleinen und mittleren Einzelhandels sowie des Spezialhandels tatsächlich erzielt; in bestimmten Branchen, zum Beispiel bei den Textilien und dem Hausrat konnten bereits im Herbst die Absatzfragen des Vorjahres wieder überschritten werden. Außerdem wurde durch die Außenhandelszölle — Verbot der Errichtung neuer Ladengeschäfte, das bis zum 1. April 1934 verlängert wurde — auch noch dafür gesorgt, daß einem weiteren Hereinströmen teilweise sogar berufsfremder Elemente in den Einzelhandel ein fester Riegel vorgezogen wurde. Das alles und noch anderes sind Fortschritte, die vom Handel zwar seit Jahren erhoben, aber im Zeichen der absoluten Gewerbfreiheit nicht erreicht wurden; erst der Nationalsozialismus mußte kommen, damit hier Wandel geschaffen wurde, und es ist daher absurd, ihm eine „Handelszölle“ nachzusagen, wie es geschieht ist. Denn wo diese Feindschaft wirklich vorhanden war, traf sie Elemente, die dem Handel nicht gerade zur Hölle gereichten und daher auch nicht in einen ehrlich arbeitenden und anständig denkenden, also deutschen Berufsstand hineingehörten.

„Dienst am Volk und Erwerbsinteressen des Unternehmers sind keine Gegensätze; volkswirtschaftliches Verantwortungsgefühl und kaufmännischer Unternehmungsgeist... müssen sich vereinigen“, äußerte Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt schon auf seiner Kölner „Antrittsrede“ — und dieses Wort gilt nicht bloß für die Betriebe der Gütererzeugung, sondern auch für die Güterverarbeitung. Zwar werden hier für die Vertriebsrichtungen wie für den Geld- und Kreditverkehr noch starke Erweiterungen der staatlichen Einflußsphäre geplant, aber beim Handel selbst denkt niemand an eine Zwangsmaßnahme gegen den „auf dem nationalen Unternehmungsgeist“. Gerade das Gegenteil ist der Fall, und es war bemerkenswert mit welcher scharfer Deutlichkeit sich vor kurzem der Wirtschaftsbeauftragte des Reichsanwalters, Wilhelm Nappeler, sich für die Stärkung des Unternehmungsgeistes im Einzel- und auch im Großhandel einsetzte, die beide für den Staat und das Volk wertvoller sind als alle die korporativen Betriebe im Handel oder gar als die anonymen Finanzgesellschaften. Das klingt doch wesentlich anders als die frühere Lobpreisung und vielfach auch steuerliche Bevorzugung solcher Betriebe, wofür auch der Einzelhandel die Kosten mittragen durfte! Nur in der Persönlichkeitspaarung sich Verantwortungsaesühl und Unternehmungsgeist.

Wandel im Handel, — mit der Empfindung oder dem Bewußtsein, daß eine innere geistige und äußere wirtschaftliche Umbildung vor sich geht, werden die Teilnehmer am „Tage des deutschen Handels“ in Braunschweig zusammenströmen. Aber auch wenn dieser Tag vorzüglich dem deutschen Handel gewidmet sein wird, so steht auch er als Ausdruck des sich bildenden Berufsstandes und Berufsgeistes nicht, wie es früher der Fall sein würde, etwa in selbst gewollter Isolation da, sondern er streckt die eine Hand hinüber zum Erzeuger, die andere zum Verbraucher, weil er sich zu fühlen gelernt hat im Wandel der letzten Zeit als ein Glied der wirtschaftlichen und nationalen Volksgemeinschaft.
Dr. Fr.

Berlin—Warschauer Annäherung.

Die Bedeutung des Berliner Abkommens
Das Ergebnis der ersten Unterredung des Reichsanwalters Adolf Hitler mit dem neuen polnischen Gesandten Lipski ist eine gemeinsame deutsch-polnische Gewaltverzichtserklärung. Schon vor zwei Monaten wurde bei einer ähnlichen Besprechung mit dem Vorgänger des Gesandten vereinbart, daß alle Anstrengungen für eine Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen gemacht werden müßten. Es ist erfreulich, daß schon jetzt ein erstes praktisches Ergebnis vorliegt. Die Reichsregierung gibt damit wieder einen

neuen tätigen Beweis für ihre friedliebende Politik. Man erinnert sich, wie schon vor dem Regierungswechsel in Danzig gewisse Auslandskreise mit Unterstützung der Danziger Marxisten Lebnzgerichte des Inhalts zu verbreiten versuchten, eine nationalsozialistische Regierung in Danzig wäre gleichbedeutend mit sofortigen Schwierigkeiten zwischen Danzig und Polen. Bekanntlich trat das Gegenteil ein. Die Beziehungen zwischen Danzig und Polen waren noch nie so ausrichtsreich wie seit den erfolgreichen Bemühungen der Regierung Danzings.

In noch höherem Maße strahlt diese Berliner Abmachung alle gegen die nationalsozialistische Regierung ausgebreiteten Gerüchten. Die Berliner Verhandlungen erhalten noch ein besonderes Gewicht dadurch, daß sie

aus freier Initiative der Polen entstanden

sind. Nichts ist bezeichnender, als daß die deutsch-polnische Gewaltverzichtserklärung in Paris nicht nur auf scharfe Überarbeitung, sondern geradezu eine gewisse Erbitterung verurteilt hat, ein Beweis dafür, daß jede wahre Friedenspolitik der französischen Politik direkt zuwiderläuft und ihr höchst unheimlich ist. Und auch bei dieser Gelegenheit zeigt sich Frankreich als der alte Friedensfeind: die Pariser Presse hat teilweise nichts Wichtigeres zu tun, als auch hier wieder die Unsicherheit der Reichsregierung anzudeuten, wie das ja auch Sarraut und Paul-Boncour in ihren Erklärungen vor der Kammer dieser Tage, mehr oder weniger unschrieben, getan haben. Insbesondere verurteilt der Warschauer Vertreter der halbamtlichen französischen Havas-Agentur, eine Gemeinnutz

zu legen, indem er die Territorialfrage aufwirft, nach einer deutschen „Garantie für den Korridor“ sowie einem „Verzicht auf Danzig“ fragt und der Reichsregierung unterstellt, sie wolle durch ihre Politik vor allem „die gemeinsame Front zwischen Frankreich, Polen und der kleinen Entente zerstören“. Der „Petit Parisien“ spricht in diesem Zusammenhang die ausschlaggebende Besorgnis aus, Deutschland könne solche Abkommen auch mit anderen Nachbarstaaten, insbesondere mit der Tschechoslowakei, schließen. Geht den Herren in Paris vielleicht ein Licht darüber auf, daß die Zeitentwicklung über die französische Diktatpolitik allmählich hinweggeht?

Frankreich könnte sich in der Tat an den Berliner Besprechungen ein Beispiel nehmen, wie man in direkte Verhandlungen miteinander tritt, ohne vorher eine unübersteigbare Mauer von Vorbehalten und Bedingungen zu errichten und damit jede wirkliche Verhandlung von vornherein aussichtslos zu machen.

Das wird auch außerhalb Deutschlands erkannt. Es will schon etwas heißen, wenn die gewöhnlich besonders deutschfreundliche Londoner „Morning Post“ im Hinblick auf die Berliner Besprechungen mit deutlicher Wendung an die Adresse Frankreichs schreibt: „Insbesondere

soll man Deutschland freie Hand lassen,

auf dem Wege der friedlichen Mittel die bestmögliche Lösung der Korridor- und der Oberschlesienfrage zu erhalten.“ Und es erscheint als eine erfreuliche Einsicht, wenn polnische Zeitungen, die die Berliner Meldungen groß aufmachen, u. a. schreiben: „Eine besondere Bedeutung gewinnt die Tatsache durch den Umstand, daß Deutschland nicht mehr dem Völkerverbund angehört und daß die aacnwärtaae Kotum des Schiedsberichtsens wekt

vollkommener ist als die von Locarno.“ Selbstverständlich betont die Warschauer Presse dann, daß die internationale Politik Polens in nichts abgeändert werde.

Gleichviel, das Berliner Abkommen hat zunächst einmal eine andere Atmosphäre zwischen Deutschland und Polen zu schaffen begonnen. Die Gewaltverzichtserklärung hat selbstverständlich nicht das geringste mit irgend einer Art von Ost-Locarno, also mit irgendwelchen Gebietsverträgen, zu tun. Wohl aber eröffnet sie die Möglichkeit zu weiteren Besprechungen zwischen Deutschland und Polen, vor allem über die Minderheiten, die Oberschlesien- und die Wirtschaftsfragen.

Der deutsche Gesandte in Warschau, von Molke, wurde vom Handelsminister Zarbecki zu einer längeren Besprechung empfangen. Diese Unterhaltung steht, ebenso wie die kürzliche Konferenz mit Außenminister Beck, mit der Fortsetzung der seit mehreren Tagen unterbrochenen deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen im Zusammenhang.

„Auf dem Wege zur Befestigung des Friedens mit Deutschland.“

Es geht des deutsch-polnischen Abkommens.

In polnischen politischen Kreisen wird die Erklärung des Reichsanwalters Hitler dem polnischen Gesandten Lipski gegenüber als ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum Beginn günstiger Beziehungen beurteilt und ebenso lebhaft erörtert. Der Besuch des französischen Vorkämpfers beim Außenminister Beck dürfte unter anderem auch in diesem Zusammenhang erfolgt sein. Die Warschauer Presse widmet dem Berliner Bericht über die Unterredung zwischen dem Reichsanwalters und dem polnischen Vertreter die größte Aufmerksamkeit. Die Überschrift des regierungsfremdlichen „Kurjer Gzerwonny“ lautet: „Auf dem Wege zur Befestigung des Friedens mit Deutschland“ und „Bedeutende Erklärung über die Nichtanwendung von Gewalt“. Die Erklärung des Reichsanwalters bezeichnet das nationaldemokratische Blatt „MBC“ als

„eine zweifelloso glänzende Erscheinung“.

Der rechtsoppositionelle „Kurjer Warszawski“ erwartet von dem Fortgang der deutsch-polnischen Besprechungen vor allem die Regelung der Handelsbeziehungen sowie eines Teiles der politischen Fragen.

Auch in England findet die deutsch-polnische Abmachung starke Beachtung. Die Überschrift des „Star“ lautet

„Eine wirkliche Friedensbewegung“.

Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, so heißt es in der Neuenmeldung, „dann bedeutet diese Abmachung einen äußerst wichtigen Schritt zu einem stabilen Frieden in Europa“. — In Danzig wird die Abmachung mit Befriedigung aufgenommen.

Der „Paris Soir“ bezeichnet die deutsch-polnische Annäherung als ein

internationales Ereignis, wie man es seit Locarno nicht mehr erlebt

habe. Der deutsch-polnische Nichtangriffsvertrag bewirkt keine Entfremdung Polens von seinen Verbündeten. Die deutsch-polnische Annäherung könne vielmehr eine Annäherung derselben an Deutschland fördern. Über eines der mächtigsten Hindernisse für Besserung der Beziehungen zwischen Paris und Berlin sei somit ausgeschaltet.

Eine Erklärung des polnischen Außenministers.

Zur Aussprache des Berliner Gesandten mit Hitler.

Außenminister Beck hat zu der Unterredung zwischen Reichsanwalters Hitler und dem polnischen Gesandten in Berlin eine Erklärung abgegeben, in der er mit Nachdruck zum Ausdruck bringt, daß er großen Wert auf die Erklärung des Reichsanwalters im Gespräch mit dem polnischen Gesandten lege. Da der Gesandte Lipski über die Haltung der polnischen Regierung genau unterrichtet sei, müsse seine Erklärung als vollwertig und maßgeblich angesehen werden.

Der größte Wert der Unterredung liege seiner (Beck) Meinung nach in der Tatsache, daß die Bemühungen Deutschlands und Polens darüber aufgeklärt worden seien, daß die beiden Regierungen aufmerksam und entschlossen befreit seien, beide Nationen vor jedem Angriff zu sichern und zu bewahren. — Die Erklärung Beck ist in politischen Kreisen Warschaus stark beachtet worden.